

## Antritt zum Eintritt

GdP wächst – alle übrigen DGB-Gewerkschaften verlieren Mitglieder

**(BS/mfe/rup)** Die Verantwortlichen der Gewerkschaft der Polizei (GdP) haben derzeit Grund zur Freude. Im Gegensatz zu allen anderen Interessensvertretungen innerhalb des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) können sie im Jahresvergleich einen Zuwachs an Mitgliedern verzeichnen. Und das, obwohl die GdP die kleinste DGB-Spartengewerkschaft ist.

Ende vergangenen Jahres hatten ihre Landesverbände sowie die Sparten Bundespolizei und Zoll exakt 185.153 Mitglieder. Das entspricht einem Anteil von 3,1 Prozent an den insgesamt rund sechs Millionen Mitgliedern aller acht DGB-Gewerkschaften.

Am 31. Dezember 2016 waren es lediglich 180.022 GdP-Mitglieder gewesen. Auf dem vorletzten Platz der Interessensverbände unter dem Dach des DGB bezüglich der relativen und absoluten Mitgliederzahl liegt übrigens die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG). Sie hatte am 31. Dezember 2017 189.975 Angehörige, was einem Anteil von 3,2 Prozent entspricht.

### Absolute Zuwächse vor allem bei der Bundespolizei

Die höchsten Zuwächse aufseiten der GdP vermelden in absoluten Zahlen die Bundespolizei mit 1.335 neuen Kollegen sowie die Landesverbände Nordrhein-Westfalen (1.267), Hessen (453) und Niedersachsen (433). Bei den Zahlen handelt es sich um Saldi von Ein- und Austritten, erläutert Clemens Murr, Mitglied im Geschäftsführenden Bundesvorstand. Außerdem sagt er:

„Prozentual gesehen ragen 2017 die Landesbezirke Sachsen-Anhalt mit einem Nettomitgliederzuwachs von 7,3 Prozent und Mecklenburg-Vorpommern mit sechs Prozent heraus.“ Der mitgliederstärkste GdP-Landesverband sei Nordrhein-Westfalen. Dieser habe 40.876 Mitglieder, was einem Anteil von 22 Prozent an der Gesamtmitgliederzahl entspreche.

### Methoden kontinuierlich evaluiert

Die Zuwächse führt Vorstandsmitglied Murr unter anderem auf die steigende Zahl an Neueinstellungen bei den Polizeien von Bund und Ländern, die Leistungen der GdP sowie die ständige Evaluierung der Methoden zur Mitgliedergewinnung und -bindung zurück. Ebenso maßgeblich seien die regelmäßige Weiterbildung von Beschäftigten als Vertrauenspersonen und das Schulungs- und Fortbildungsangebot der Gewerkschaft.

Aber auch ein anderer Umstand dürfte nicht unwesentlich zur Mitgliedergewinnung bei der GdP beitragen: der sogenannte „Antritt zum Eintritt“. Dabei werden Polizeischüler kurz nach dem Beginn ihrer Ausbildung je-

weils einen Tag lang von der GdP und der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPOIG) informiert. Die Interessenvertretungen stellen sich vor und rekrutieren hör-saalweise neue Mitglieder.

### Gewerkschaften mit eindeutigen Berufsbild

Auch die DPOIG kann einen Mitgliederzuwachs verzeichnen. Seit Juli 2017 gab es 1.900 Neueintritte. Sowohl bei der GdP als auch bei der DPOIG dürften die Zuwächse mit den zuletzt vorgenommenen Stellenmehrungen bei den Polizeien von Bund und Ländern zusammenhängen (mehr dazu lesen Sie auch auf Seite 6 dieser Ausgabe). Ein weiterer Faktor dürfte der Umstand sein, dass es sich bei diesen beiden Interessensvertretungen um Sparten-gewerkschaften mit einem eindeutigen Berufsbild handelt.

Der Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK) schließlich zählte im November 2017 rund 17.000 Mitglieder. Dazu sagt der Bundesvorsitzende André Schulz: „Seit meinem Amtsantritt im September 2011 konnte wir in jedem Quartal einen dreistelligen Zuwachs an Mitgliedern verzeichnen.“

## Zahlreiche Herausforderungen zu bewältigen

Luftsicherheitstage wollen Wege in die Zukunft weisen

**(BS/mfe)** Egal ob steigende Anforderungen an die Sicherheitskontrollen auf Flughäfen, Auswahl geeigneten Personals für die Sicherheitsmaßnahmen, Dokumentenkontrollen bei Zuverlässigkeitsüberprüfungen oder Gewährleistung der sicheren Lieferkette in der Luftfracht: Im Luftverkehr bestehen zurzeit zahlreiche Baustellen. Außerdem mangelt es in Teilen auch an einheitlichen Standards (siehe Behörden Spiegel, Januar 2018, Seite 39).

Hierzu und zu weiteren Herausforderungen Optimierungen zu erörtern, ist Ziel der Luftsicherheitstage in Potsdam, die in diesem Jahr ihr zehnjähriges Bestehen feiern. Dort widmen sich zahlreiche Referenten unter anderem der Bedrohungslage an Flughäfen sowie in Flugzeugen. So wird Markus Schöndorf die Gefährdungssituation aus Sicht des Bundeskriminalamtes erläutern, während Dr. Karsten Kloth, Leiter des für Luftsicherheitsaufgaben zuständigen Referats B 3 im Bundesinnenministerium (BMI), die Schlussfolgerungen präsentiert, die sein Haus aus der aktuellen Lage zieht.

### Luftsicherheit aus mehreren Blickwinkeln betrachtet

Die Bedrohungslage im Luftfrachtverkehr wiederum beleuchtet ein Vertreter aus dem Risikomanagement-Referat der Generalzolldirektion und über neueste Entwicklungen in ihrer Behörde spricht am 8. und 9. März im Kongresshotel Potsdam die Leiterin der Abteilung Luftsicherheit im Braunschwei-

ger Luftfahrt-Bundesamt, Birgit Loga.

### Passagierzahlen nehmen zu

Vorgesehen sind darüber hinaus Vorträge eines Vertreters der US-amerikanischen Transportation Security Administration (TSA) sowie des Präsidenten der Bundespolizeidirektion am Flughafen Frankfurt am Main, Andreas Jung. Er erläutert auf der Tagung, die von der Bundespolizei und dem Bundesverband der Luftsicherheitsunternehmen (BDLS) veranstaltet wird, die Herausforderungen, vor denen seine Mitarbeiter am größten deutschen Verkehrsflughafen tagtäglich stehen.

Über Steuerungsmöglichkeiten der zunehmenden Passagierströme und -prozesse an Deutschlands Flughäfen – allein in Frankfurt am Main nahm die Zahl der abgefertigten Personen 2017 im Vergleich zum Vorjahr um 6,1 Prozent auf 64,5 Millionen zu – sprechen Thomas Seifert von der Bundespolizeiinspektion am Hamburger Flughafen, Johannes Scharnberg vom Betreiber des Airports in der Hansestadt und Silke Bußkamp vom Potsdamer Bundespolizeipräsidium.

Weitere Informationen unter: <https://www.bdls.aero/10-luftsicherheitstage>

### MELDUNG

### Weniger Einbrüche im Saarland

**(BS/mfe)** Im Saarland ist die Zahl der Wohnungseinbrüche im vergangenen Jahr um 28,6 Prozent zurückgegangen. Während 2016 noch 1.947 Taten aktenkundig wurden, waren es 2017 „nur“ noch 1.391 Delikte. In absoluten Zahlen entspricht

das einer Abnahme um 556 Fälle. Der Rückgang wird unter anderem auf die zentralisierte Bekämpfung dieser Kriminalitätsform an drei Standorten im Saarland zurückgeführt. Dabei handelt es sich um Dillingen, Neunkirchen und Saarbrücken.

### MELDUNG

### Über 2.000 Einsätze auf Nord- und Ostsee

**(BS/mfe)** Die Besatzungen der 59 Seenotrettungskreuzer und -boote der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger (DGzRS) in Nord- und Ostsee haben im vergangenen Jahr bei insgesamt 2.056 Einsätzen 58 Menschen aus Seenot gerettet, 432 Personen aus einer drohenden Gefahr befreit und 467 Mal erkrankte oder verletzte

Menschen von Seeschiffen, Inseln oder Halligen zum Festland transportiert. Des Weiteren sorgten sie in 60 Fällen dafür, dass Schiffe und Boote vor dem Totalverlust bewahrt werden konnten und erbrachten 890 Hilfeleistungen für Wasserfahrzeuge aller Art. In vielen Fällen griffen die Seenotretter frühzeitig ein und begrenzten so Schä-

den bereits im Vorfeld. Zudem sind sie 2.633 Mal in ihren Revieren zwischen Borkum im Westen und Ueckermünde im Osten auf Kontrollfahrt gegangen und absolvierten 537 Einsatzanläufe und Sicherungsfahrten. Des Weiteren wurden sie in 201 Seenotfällen international im Interesse der deutschen Schifffahrt tätig.

## Kommunikation bleibt gewährleistet

Projekt „smarter“ ermöglicht Datenübertragung auch im Katastrophenfall

**(BS/mfe)** Bisher war es bei Großschadenslagen, wie etwa Überschwemmungen, für Betroffene schwierig, untereinander oder mit den Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) zu kommunizieren. Denn: In solchen Szenarien fällt oftmals die komplette Kommunikationsinfrastruktur aus. Hier könnte das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Projekt „smarter“ Abhilfe schaffen.

Schließlich können Smartphones, die mit der im Projekt, an dem das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) als Verbundpartner beteiligt war, entwickelten Applikation ausgestattet sind, auch dann Daten empfangen und senden, wenn das Telefonnetz nicht mehr funktionsfähig ist. Die Mobiltelefone arbeiten dann wie kleine Nachrichtenrucksäcke, die jedoch eine gewisse Zeit bis zum Ablegen der Informationen benötigen, erläuterte Prof. Matthias Hollick von der Technischen Universität Darmstadt.



Erläuterte die Funktionsweise von Smartphones, die mit der „smarter“-App ausgestattet wurden: Prof. Matthias Hollick. Sieht zwei vorrangige Zielgruppen des Forschungsprojekts: Dr. Jutta Helmerichs, Verbundkoordinatorin und BBK-Referatsleiterin.

Fotos: BS/Feldmann

### Interaktion der Bürger im Fokus

Es ginge in dem Projekt, an dem unter anderem auch die Universität Kassel mitwirkte, folglich um die Ad-hoc-Kommunikation bei einem Netzausfall, betonte Prof. Wolf-Dieter Lukas, Abteilungsleiter für Schlüsseltechnologien im BMBF. Smartphones könnten nun auch genutzt werden und seien untereinander vernetzt, sofern kein Mobilfunkmast mehr funktioniert. „Wir sind technisch-wissenschaftlich einen riesigen Schritt weitergekommen“, zeigte sich Lukas überzeugt.

Sein Kollege aus dem Bundes-

innenministerium (BMI), der für Krisenmanagement und Bevölkerungsschutz zuständige Abteilungsleiter Franz-Josef Hammerl, wiederum unterstrich, dass es bei „smarter“ um Partizipation und bürgernahen Katastrophenschutz gehe und dass im Zentrum des Projekts die Interaktion der Bürger im Krisenfall stünde. Ein weiteres Ziel des Vorhabens sei die Erhöhung der Resilienz, ergänzte Wissenschaftler Hollick.

Und die Leiterin des Referats für Psychosoziales Krisenmanagement im BBK, Dr. Jutta Helmerichs, konstatierte, dass es zwei primäre Zielgruppen des Projektes gebe. Dies seien zum einen

die unmittelbar von einer Großschadenslage oder Katastrophe Betroffenen und zum anderen die Einsatzkräfte der BOS.

### Einfachheit gefragt

Des Weiteren hob sie hervor, dass die „smarter“-Notfallkommunikation einfach in der Anwendung und Handhabung sein und sich an der alltäglichen Kommunikation der Bürger orientieren müsse. Dann bestehe großes Potenzial. Schließlich gelte: „Alle Forschungsergebnisse im Projekt verdeutlichen, dass Menschen in Notlagen eine hohe Hilfsbereitschaft, aber auch eine hohe Selbsthilfekompetenz aufweisen.“



## Metall-Detektoren & Röntengeräte

Detector Trade Intl. GmbH & Co. KG









DTI GmbH & Co. KG  
Hamburger Str. 17 - 41540 Dormagen  
Tel.: 02133/979020  
[www.dti-gmbh.de](http://www.dti-gmbh.de)



# ENFORCE TAC

International Exhibition & Conference  
Law Enforcement, Security and Tactical Solutions

## DIE SPEZIALMESSE – WEIL REALITÄT ENTSCHIEDET!

7.–8.3.2018 NÜRNBERG, GERMANY  
49° 25' 2" N, 11° 6' 54" O

[enforcetac.com](http://enforcetac.com)

Konferenzpartner



POLIZEITRAINER IN DEUTSCHLAND

Personen unter 18 Jahren  
sowie Privatpersonen  
haben keinen Zutritt.  
Legitimation erforderlich.

Wir informieren Sie gern!  
NürnbergMesse GmbH  
T +49 9 11 86 06-49 32  
[besucherservice@nuernbergmesse.de](mailto:besucherservice@nuernbergmesse.de)

NÜRNBERG MESSE